

überzeugen und wie sehr die politischen Umstände dieses Referendums dazu angetan sein würden, allerlei andere Abrechnungen mit dem Votum für oder gegen Maastricht zu verbinden, er hätte wohl nie zur Abstimmung aufgerufen. Der Mitwirkung des Stimmbürgers an politischen Entscheidungen wurde damit ein Bärendienst erwiesen. Wer das Volk nur an die Urne bittet, wenn es voraussichtlich nicht viel kostet und sofern es der eigenen politischen Opportunität entspricht, nimmt eben dieses Volk nicht sonderlich ernst, sondern spielt mit ihm. Ein Staat, dessen Volk neben der Wahl der Vertreter in Legislative und Exekutive auch noch direkt an einzelnen Entscheidungen beteiligt werden soll – wenn er dies denn tatsächlich will – braucht eine Verfassung, die dem *plebiszitären Element* seinen klar umrissenen, von Opportunitätsabwägungen möglichst freien Platz zuweist.

nt

Entgegenkommen

Vatikanische Richtlinien für die Kirche in Rußland

Mit der Erstellung von Richtlinien für das Vorgehen der katholischen Kirche in Rußland und den anderen GUS-Staaten, die am Prinzip einer möglichst weitgehenden *Rücksichtnahme auf die orthodoxen Kirchen* dieses Raumes orientiert sind, hat der Vatikan jetzt einen weiteren wichtigen Schritt zur Entkrampfung der seit geraumer Zeit gespannten katholisch-orthodoxen Beziehungen unternommen. Die Richtlinien wurden von der Kommission „Pro Russia“ vorgelegt, die dem Staatssekretariat zugeordnet ist und von Erzbischof *Jean-Louis Tauran*, dem Sekretär für die Beziehungen zu den Staaten, geleitet wird. Diese Kommission, von Pius XI. 1930 gegründet, um sich der kirchlichen Probleme im kommunistisch gewordenen Rußland anzunehmen, befindet sich derzeit in einer Phase der Neustrukturierung.

Im Begleitschreiben zu den Richtli-

nien mit dem offiziellen Titel „Prinzipien und praktische Normen für die Koordinierung der Evangelisierung und das ökumenische Engagement der katholischen Kirche in Rußland und den anderen Staaten der GUS“ verwies Erzbischof Tauran auf das Treffen zwischen Vatikanvertretern und Repräsentanten des Moskauer Patriarchats, das dieses Frühjahr in Genf stattfand. Damals hatte man sich über einige Grundlinien für ein verbessertes Verhältnis verständigt, die jetzt von katholischer Seite durch das Dokument der Kommission „Pro Russia“ konkretisiert werden.

Das Dokument betont, die Einrichtung bzw. Wiedereinrichtung der katholischen Hierarchie in der ehemaligen Sowjetunion ziele auf die *Bedürfnisse der dortigen katholischen Gemeinden* und verstehe sich in keinsten Weise als Konkurrenz zur russisch-orthodoxen Kirche oder anderen in der Region vertretenen Kirchen. Weiter heißt es, die „apostolische Aktivität“ in der GUS und im übrigen Osteuropa verlange von den Katholiken Treue zu ihrer Sendung und gleichzeitig Rücksichtnahme auf ihre „orthodoxen Brüder“, um so die erwünschte Einheit der Kirchen vorzubereiten. Von der katholischen Kirche des lateinischen Ritus fordert das Dokument Hochachtung der östlichen Tradition, die diese Gebiete tiefgreifend geprägt habe; wo es irgendwie möglich sei, sollten die Vertreter der katholischen Kirche mit der Orthodoxie zusammenarbeiten.

Unter den *praktischen Normen*, die der zweite Teil des Dokuments auflistet, findet sich der Hinweis auf die Notwendigkeit einer gründlichen ökumenischen Bildung aller Träger der katholischen Pastoral; in jeder nur möglichen Weise soll die katholische Seite um ein gutes Einvernehmen mit der jeweiligen orthodoxen Kirchenführung bemüht sein. *Geistliche Bewegungen* – sie haben die ehemalige Sowjetunion längst als dankbares Betätigungsfeld entdeckt – sollen unter der Aufsicht der jeweiligen katholischen Ordinarien vorgehen und eng mit ihnen zusammenarbeiten. Über alle „wichtigen pa-

storale Initiativen“, besonders die Schaffung neuer Pfarreien, soll die katholische Seite die orthodoxen Bischöfe informieren. Auch bei der Missionierung von Nichtgläubenden legt das Dokument die Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Orthodoxen nahe.

Ob und in welchem Umfang die Prinzipien und Direktiven des Dokuments umgesetzt werden, muß sich erst zeigen. Zumindest dem Buchstaben nach sind aber mit diesen Richtlinien orthodoxen Vorwürfen über katholischen Proselytismus und unzulässige Konkurrenz die Grundlagen weithin entzogen. Es wäre viel gewonnen, wenn die orthodoxe Seite die ausgestreckte Hand ergreifen und sich ihrerseits um eine Entkrampfung des Verhältnisses zur katholischen Kirche bemühen würde. Daß manche Äußerungen und Vorgehensweisen einzelner katholischer Gruppen und auch Amtsträger in den Staaten der GUS nicht sehr geschickt und wenig sensibel gegenüber der Orthodoxie waren, ist nicht zu bestreiten. Die entsprechenden Gefahren wurden und werden im orthodoxen Lager aber oft massiv übertrieben dargestellt. Im übrigen liegen die größten Probleme für die Russische Orthodoxe Kirche derzeit nicht in der vermeintlichen katholischen Expansion, sondern in ihrer inneren Zerrissenheit vor allem im Zusammenhang mit der schwierigen Vergangenheitsbewältigung.

ru

Dilemma

„Eckwerte“ zu einem Transplantationsgesetz

Seit Jahren schon suchen Patientenverbände, ärztliche Standesorganisationen und Politiker aller Couleur – teils auf Expertenebene, teils auch vor einer breiten Öffentlichkeit –, eine zunehmend problematischer werdende Lücke im deutschen Gesetzeskanon zu schließen: Ein bundesweit gültiges *Transplantationsgesetz* soll geschaffen werden, ein für die mate-